

Antrag

**der Abgeordneten Michael Westenberger, Carsten Ovens, Ralf Niedmers,
David Erkalp, Dennis Gladiator (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburg als Handelsmetropole muss sich für die Wiederaufnahme der
Verhandlungen über TTIP einsetzen**

Als Tor zur Welt ist Hamburg für die deutsche Wirtschaft von höchster Bedeutung. Das Ausmaß der Waren, die in Hamburg umgeschlagen, eingeführt oder ausgeführt werden, sucht in der Bundesrepublik seinesgleichen. Grundlage dieses Erfolgs war seit Bestehen der Freien und Hansestadt Hamburg eine freiheitliche Weltanschauung, die sich in besonderem Maße stets auf den Handel bezog. So verwundert es nicht, dass die einzigen Städte innerhalb Europas, mit denen sich Hamburg im Wettbewerb der Häfen ernsthaft messen muss, auf einem ähnlichen, die Freiheit wertschätzenden, Weltbild errichtet wurden.

Im Unterschied zu Rotterdam und Antwerpen befindet sich Hamburg in einem Land, in dem Freihandel zunehmend skeptisch beäugt wird. Dies geht etwa aus dem Eurobarometer 2015 hervor, in welchem 53 Prozent der Belgier und 63 Prozent der Niederländer sich für TTIP aussprachen, während in Deutschland nur 31 Prozent das Freihandels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten begrüßen würden.

Die vergangenen Verhandlungsphasen rund um TTIP haben gezeigt, dass der Entwurf des Abkommens für viele Europäer und ihre politischen Vertreter nicht zustimmungsreif ist. Tatsächlich besteht Bedarf für einige Nachbesserungen, doch liegt es an uns Europäern, diese Nachbesserungen zu ermöglichen. Aktuell befinden sich die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen auf Eis, doch bereits im letzten Jahr haben die Vereinigten Staaten Gesprächsbereitschaft signalisiert.

Nun liegt es an Deutschland, den Startschuss innerhalb Europas zu setzen, denn unser Kontinent braucht nicht nur den Freihandel mit den USA, sondern auch die Vereinheitlichung technischer Standards. Nur auf diese Weise kann dem Mittelstand, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft, Gerechtigkeit getan werden, denn während große Unternehmen regelmäßig in der Lage sind, ihre Produkte in den USA normieren zu lassen, stellt diese Hürde sich für kleinere Unternehmen oft als unüberwindbar dar.

Als Produktionsstandort und Warenumschlagplatz profitiert Hamburg doppelt von jeder Ware, die unseren Hafen verlässt. Während das ifo Institut von einem Zuwachs des realen Pro-Kopf-Einkommens durch TTIP innerhalb von weniger als 15 Jahren um 4,7 Prozent in ganz Deutschland ausgeht, gilt diese Zahl für Hamburg umso stärker. Ähnlich verhält es sich am Arbeitsmarkt: eine überdurchschnittlich hohe Zahl an neuen Arbeitsplätzen würde in Hamburg entstehen.

In einer Zeit, in der der Güterumsatz im Hamburger Hafen im Unterschied zur Konkurrenz in den Niederlanden und in Belgien sinkt, muss die Politik handeln. Es liegt an Hamburg, den ersten Schritt zu setzen, und sich im Bundesrat für die Wiederaufnahme der Verhandlungen um TTIP einzusetzen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen um TTIP im Bundesrat einzusetzen und die Bundesregierung hierbei zu unterstützen;
2. über Abfragen bei geeigneten Behörden, Ämtern, Stellen und Institutionen die wichtigsten Anliegen der Hamburger Wirtschaft hinsichtlich des Abkommens zu identifizieren und diese mittels einer Arbeitsgruppe in die Verhandlungen um TTIP einfließen zu lassen;
3. in Zusammenarbeit mit der Handelskammer Hamburg eine Informationskampagne durchzuführen, welche den Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg die Bedeutung des Freihandels und die Wichtigkeit des erfolgreichen Abschlusses von TTIP darlegt; und
4. eine Stellungnahme zu seiner Positionierung zu TTIP spätestens bis zum 30. Juni 2018 in die Bürgerschaft einzubringen.